

gut erlernen und daraus auch Schlußfolgerungen für Entscheidungen ziehen, die der Dynamik der Gesellschaft entsprechen.

Systemdefekte müssen rechtzeitig erkannt und dadurch überwunden werden können. Insofern ist dieses Programm zur Erneuerung der Gesellschaft eine große Herausforderung auch für die Wissenschaft, der sie sich kompromißlos stellen muß. Danke schön. (*Beifall*)

**Wolfgang Berghofer:** Vielen Dank. Das Wort hat Genossin Vera Koch. Es bereitet sich bitte vor Klaus Frühauf aus Rostock.

**Vera Koch:** Werte Genossinnen und Genossen! Mein Name ist Vera Koch. Ich bin Richter und arbeite auf dem Gebiet des Zivilrechtes. Und ich bin auch Mutter zweier Söhne von 11 und 2 <sup>3</sup>/<sub>4</sub> Jahren. Als Richter gehöre ich einer Berufsgruppe an, über deren Arbeit und insbesondere über deren Rechte und Pflichten es erhebliche Unklarheiten und Mißverständnisse gibt. Daraus resultieren auch verstärkte Angriffe in der jetzigen Zeit gegen diese Berufsgruppe.

Um einige Mißverständnisse zu beseitigen, möchte ich auch im Namen meiner Genossen und Kollegen euch Auszüge aus einem offenen Brief der Richter des Bezirkes Suhl verlesen; denn der Ruf nach Rechtsstaatlichkeit setzt genaue Kenntnisse der bestehenden Strukturen auf dem Gebiet der Justiz voraus. Die Richter des Bezirkes Suhl sehen sich veranlaßt – wegen mehrfacher mißverständlicher Darstellungen in den Medien – zu erklären, daß sie auf der Grundlage der Verfassung und der Gesetze zur Rechtsanwendung verpflichtet waren und sind. Die bestehenden Gesetze, die die Grundlage der Rechtsprechung bilden, wurden von der Volkskammer und das heißt, von allen darin vertretenen Parteien und Massenorganisationen erlassen. Deshalb halten wir es für einen unerträglichen Zustand, daß Richter für die Anwendung von Gesetzen, die sie nicht geschaffen haben und wozu ihre Auffassung auch nicht gefragt war, verantwortlich gemacht und diskreditiert werden. Mit Besorgnis verfolgen wir die Vermischung von Kompetenzen zwischen den Justiz- und Sicherheitsorganen, vor allem die Gleichstellung der Gerichte mit den Ermittlungsorganen und der Staatsanwaltschaft, wie das in den Medien, teils aber auch in den Reden führender Politiker und Sprecher verschiedener Parteien und demokratischen Bewegungen fehlerhaft zum Ausdruck kommt.

Wir erklären deshalb, daß die Gerichte in Zivil-, Familien- und Arbeitsrechtsverfahren sowie in Verfahren zur Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen nur auf Antrag von Bürgern bzw. von Betrieben tätig werden können, und in Strafsachen werden Gerichte erst nach Anklageerhebung tätig.

Der wiederholte Vorwurf, daß die Gerichte gegenwärtig nicht genügend recherchieren oder ermitteln, ist falsch und entbehrt jeder rechtsstaatlichen Grundlage. Unsere Positionen dazu sind: Wir treten ein für die sofortige und völlige Trennung von Partei und Staat im Gericht. Kein Richter braucht Mitglied der SED oder einer anderen Partei zu sein. Deshalb hat auch die Grundorganisation der SED des Bezirksgerichtes ihre Arbeit eingestellt. Und ich möchte hier